



Rede zum städtischen Haushalt 2025

des Vorsitzenden
der CSU-Stadtratsfraktion,
Holger Frischhut

18. Februar 2025
Sondersitzung des Stadtrates

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

in meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich den früheren Bundespräsidenten Roman Herzog mit den Worten zitiert: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“ Damals waren wir zuversichtlich, dass wir als Stadt den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein werden. Heute jedoch, ein Jahr später, sehen wir uns einer Realität gegenüber, die teilweise ernüchternd ist. Die wirtschaftliche Lage unseres Landes hat sich nicht gebessert - im Gegenteil, sie hat sich durch die Untätigkeit und die Fehler der Ampel bzw. dem, was noch verblieben ist, dramatisch verschärft. Und das schlägt jetzt auch bei der Haushaltsslage unserer Stadt voll durch.

Wir befinden uns mittlerweile im dritten Jahr der Rezession. Wirtschaftlich ist nur eine Negativ-Dynamik erkennbar. Dennoch gibt es auf Bundesebene keine Anzeichen eines Gegensteuerns. Vielmehr scheint es, als würde der noch amtierende Bundeswirtschaftsminister bewusst darauf hinarbeiten, die wirtschaftliche Basis jenes Landes zu schädigen, mit dem er nach eigener Aussage nichts anfangen kann - und dabei offensichtlich nichts dazulernt.

Die Konsequenzen dieser Verweigerungs-Bundespolitik der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber sind weitreichend: Die gesellschaftlichen Spannungen nehmen zu, das Vertrauen in politische Institutionen schwindet und die Spaltung der Bevölkerung wird immer offensichtlicher. Das Fehlen von gut ausgebildeten Fachkräften schränkt unsere Handlungsfähigkeit noch weiter ein. Ohne Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung oder Fachkräftezuwanderung wird sich die Situation aus meiner Sicht nicht entspannen. Zudem stellt sich die moralische Frage, inwieweit es zielführend ist, aus fremden Ländern die dortigen Facharbeiterkapazitäten aller Fachrichtungen abzuwerben und damit weitere Fluchtursachen für den Rest der dortigen Bevölkerung zu schaffen.

Die politische Debatte in unserem Land wird zunehmend von Polarisierung und ideologischen Grabenkämpfen geprägt. Differenzierte, sachliche Diskussionen sind kaum noch möglich. Viele Bürgerinnen und Bürger - natürlich auch hier in Straubing - fühlen sich nicht mehr wahrgenommen. Nicht, weil sie politisch kein Gehör finden würden; nein, weil wir als Kommune unseren Pflichtleistungen kaum mehr nachkommen können; freiwillige Leistungen werden wohl

sogar ganz wegbrechen. Und „Nein“, es liegt nicht daran, dass wir mit Geld nicht umgehen oder haushalten könnten, nein, die Kostenaufwüchse sind proportional zu den möglichen Einnahmen, schlicht zu hoch.

An dieser Stelle sei mir folgende Anmerkung gestattet, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer glaubt, dies noch mit den traditionellen Stellschrauben bewältigen zu können, sollte dringend seine rosarot gefärbte Brille abnehmen, so sähe man wohl die Probleme in aller Realität. Es müssen auf Bundesebene Veränderungen und kreative Ideen her, die in den vergangenen drei Jahren leider nicht zu sehen waren. Und dies muss sehr schnell passieren.

Das Ganze für Straubing nur einmal an einfachen Beispielen dargestellt:

Bund und Länder übertragen den Kommunen fortlaufend neue Aufgaben, ohne jedoch eine adäquate Gegenfinanzierung bereitzustellen. Diese zusätzlichen Belastungen schränken unseren finanziellen Spielraum für eigene, im Stadtrat entwickelte Vorhaben erheblich ein. So sind, wie Sie, Herr Stadtkämmerer Preis, vorab erwähnt haben - die Aufwendungen im Jugendhilfe-, Sozial- und Personalbereich explosionsartig gestiegen.

Neue gesetzliche Vorgaben ziehen erhebliche bürokratische Aufwände nach sich, die ohne finanzielle Kompensation umgesetzt werden müssen. In Straubing mussten dadurch in den letzten sechs Jahren rund 200 neue Stellen geschaffen werden - nicht etwa aus eigenem Antrieb, sondern als Reaktion auf externe Vorgaben. Mit ein Grund: Der anhaltend hohe Zuzug stellt uns vor immense Herausforderungen. Der Druck auf Wohnungsmarkt, Schulen und soziale Infrastruktur wächst kontinuierlich. doch die Kommunen erhalten nicht die notwendigen Mittel, um dieser Entwicklung gerecht zu werden.

Die Grundpfeiler unseres Gesellschaftsmodells brechen täglich weiter weg. Die Einschläge der Arbeitsplatzverluste und die damit oft verbundenen sozialen Abstiegsfolgen, Verluste bei Einkommens- und Gewerbesteuer; all das wird immer schwieriger zu kalkulieren, was den kommunalen Handlungsspielraum drastisch einschränkt.

Erst diese Woche haben wieder hoch spezialisierte Maschinenbauer Insolvenz angemeldet. Wie lange soll das so weitergetrieben werden? Transformation der Fertigung ins Ausland, nur, um hinterher sagen zu können, man hätte zigtausende Tonnen CO₂ eingespart, welche für den künftigen Transport von China zurück nach Deutschland komplett ad absurdum geführt werden?

Welche Logik steht dahinter, dies zuzulassen trotz aller bereits jetzt sichtbaren Folgen? Der Bundeswirtschaftsminister hat den mittelständischen Betrieben tiefe Wunden zugefügt. Der einzige Rettungsweg liegt für manche noch in einem Wechsel ins Ausland. Wie war das nochmal? Der Bäcker ist ja nicht weg, er produziert halt nicht mehr. Die Kosten für die sozialen Systeme für die hier bleibenden Arbeitslosen werden massiv steigen.

Digitaler Fortschritt wird nur dann langfristig ein Gewinn für unsere Kommune sein - allgemein und gerade auf den Sektoren „Schule“ und „Verwaltung“ -, wenn nicht für jede Stunde erarbeiteter Vorteil durch immer weiter ausufernde, von außen übertragenen Pflichten doppelt investiert werden muss, ohne daraus zählbaren Erfolg zu ziehen. Hauptsache die Statistik der Statistik wird für das übergeordnete Amt X gemacht. In den seltensten Fällen wird aber hier das Konnexitätsprinzip beachtet. Ein besonders anschauliches Beispiel ist die Bereitstellung von Lehrerdienstgeräten. Bund und Länder finanzieren diese häufig nur für eine begrenzte Zeit. Nach wenigen Jahren sind die Geräte veraltet - die Anschlussfinanzierung z. B. durch Wartung, Betreuung oder Ersatzleistung bleibt dann am Schulaufwandsträger hängen. Programme, die anfangs finanziert werden, langfristig allerdings durch einen gefühlten Zins- und Zinseszins-Effekt bei Lizenzen jedoch eine erhebliche Belastung für die Kommunen darstellen.

Ähnlich ergeht es uns mit unseren Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen, die hervorragend ausgeplant aktuell ruhen müssen. Ebenso viele Notwendigkeiten aus dem Sanierungs- und Ertüchtigungsbereich bei Hoch- und Tiefbauamt. Freiwillige Leistungen sind in Gefahr. Vor diesem Hintergrund ein großes Dankeschön dafür, dass die von der CSU beantragte und für die berufliche Ausrichtung unserer Schulen wichtige MINT-Region dennoch weiterhin Bestand haben kann.

Immer wieder wird versucht zu vermitteln, dass wir uns alles leisten könnten. Unendliche Fördergelder für fragwürdige Transformationsvorhaben. Förderungen für Batteriefirmen, welche vom Bundeswirtschaftsminister mit hunderten von Millionen an Euro „angelockt“ werden, diese gerne mitnehmen, um kurz darauf beim Bauen der Bodenplatte Pleite zu gehen. Die Liste ist lang. Fehler können geschehen, die Häufigkeit in den letzten dreieinhalb Jahren ist allerdings schon negativ beeindruckend.

Für viele unserer „Alten“, auf deren Früchte Arbeit wir aufbauen sollten, ist es besonders besorgniserregend, im Falle des Pflegefalles sich Kosten gegenüber zu sehen, welche keiner mehr stemmen kann. Wohlgermerkt auch unser komplettes Pflegesystem nicht.

Insbesondere mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, und ich spreche es bewusst an, ein Bürgergeld, das in dieser Form für viele ein Auskommen sichert, die keinen Euro in das System eingebracht haben und gleichzeitig die wahnsinnig hohe Belastung.

Die jährlich steigenden Eigenanteile für Pflegebedürftige und deren Angehörige werden von den Betroffenen vielfach als kalte Enteignung empfunden. Diese sehen das sehr wohl im Zusammenhang mit ihrer Lebensleistung, etwas geschaffen, etwas gebaut zu haben, mit ihren Steuern bereits ein ganzes Leben lang sozial „gedient“ zu haben - und nun? Nur jenem, der etwas erarbeitet hat, kann man etwas nehmen. Jenem, dem das nicht gelungen ist oder der das auch nicht wollte, dem muss dann auch im Alter noch gegeben werden.

Hier liegt eine Menge Zündstoff. Wird dieser von den zuständigen Bundespolitikern wahrgenommen? Offensichtlich nicht. Vielmehr werden auch hier die Kosten für die zunehmende Überlastung der Einzelnen auf die kommunalen Sozialhaushalte „abgewälzt“.

Die CSU-Fraktion stellt sich dieser schwierigen Realität. Auch, wenn viel Sorge und Vorsicht bei Planung und Realisierung der haushalterischen Belange unserer Stadt angezeigt sind, ist die Lage nicht aussichtslos. Wir sollten uns nicht in das Fahrwasser begeben, einen Mangel zu verwalten. Vielmehr ist es wichtig, dass wir uns trotz einer auf Einsparung fokussierten Haushaltskonsolidierung darauf besinnen, mit den gegebenen Mitteln die Zukunft zu wagen und solide zu gestalten. Genau aus diesen Gründen haben wir bei den Vorberatungen bewusst darauf verzichtet, kostenintensive Anträge zu stellen. Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine Bemerkung: Dem einen oder anderen Parteivertreter in unserem Plenum würde es gut anstehen, endlich einmal Lösungen für Umsetzung und Finanzierung mancher Projekte anzubieten, statt Kritik zu üben. Kurz: konstruktiv gelebte Haushaltsdisziplin und realistische Planung statt in ihrer Bearbeitung arbeits- und damit kostenaufwändiger Rechtsaufsichtsbeschwerden, die letztlich ins Leere laufen und deren hier ungenutzte „Man-Power“ und damit das Geld in sinnvolle Projekte fließen könnten.

Unser oberstes Ziel ist es, die kommunale Handlungsfähigkeit zu bewahren - für die Bürgerinnen und Bürger, die auf unsere Entscheidungen angewiesen sind. An eines sollten wir alle denken: Ein Haushalt ist immer ein Spiegel unserer gemeinsamen Werte und Prioritäten. Mein Appell an alle Stadtratskolleginnen und -kollegen, die beabsichtigen, dem Haushalt 2025 nicht zuzustimmen: Sitzt man im gleichen Boot, sollten ALLE zum Paddel greifen und für ein aktives Weiterkommen dieses Bootes sorgen.

Haushaltkonsolidierung? Ein Fremdwort? Ausgabendisziplin ebenso? Man überlegt im Rahmen der Haushaltssolidierung, ob man den Datenschutzbeauftragten anders organisiert, bei der Tourismusinformation die Wochenstunden reduziert und beim Stadtmarketing ggf. auf externe Dienstleister zurückgreifen soll. Die Nachbesetzung von Stellen wird wie in der Stadtbibliothek nicht mehr durchgeführt. Beim koordinierten Kinderschutz arbeitet man mit einer Vollstelle mit Vertretungsregelung. Jugendsozialarbeit an Schulen, Jugendhilfeausschuss usw.

Dies sind alles Vorschläge zur Einsparung auch kleinerer Summen.

Nichtsdestotrotz bringt nun die Grünen-Fraktion weitere großzügig finanzierte Vorhaben in die Diskussion - obwohl sie bislang keinen einzigen Vorschlag zum Haushalt eingebracht hat.

Sieht man sich so als zukünftiger Partner, mit dem die herausfordernden Aufgaben der kommenden Jahre gestemmt werden könnten? Ich denke nein. Endloses Schuldenmachen auf Kosten der künftigen Generation geht mit uns nicht.

Positives für Straubing

Für die Feuerwehr Straubing, Löschzug Ittling, wird die erste Rate für eine Drehleiter in diesem Haushalt bereitgestellt. Ebenso werden für den Katastrophenschutz diverse Ausstattungen wie beispielsweise die Umrüstung der Sirenen auf digitale Alarmierung umgesetzt.

In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei allen Einsatzkräften der Feuerwehr für das großartige Engagement und die Leistungsbereitschaft bedanken, ebenso bei allen Ehrenamtlichen, die sich für das Gemeinwohl in den weiteren Straubinger Hilfsorganisationen stark machen.

Nach dem Brand 2016 waren wir dankbar für unsere Rettungskräfte, die Schlimmeres verhinderten. Doch die Folgen spüren wir noch heute. Der Neubau des Rathauses, ursprünglich mit 46 Millionen Euro kalkuliert, kostet nun rund 58,5 Millionen Euro aufgrund von Corona, dem Krieg und Lieferengpässen. Ein funktionierendes Rathaus ist für unsere Stadt unverzichtbar und Teil unserer Identität. Die letzte Rate für den Neubau ist in diesem Jahr im Haushalt eingeplant, damit unser Rathaus wieder zum Leben erwachen kann.

Die Ertüchtigung der Stadtgärtnerei verbessert die energetische Qualität des Gebäudes und führt zu einer spürbaren Reduktion der Heizkosten. Gleichzeitig wird der sommerliche Wärmeschutz optimiert, sodass sich das Raumklima in den Aufenthalts- und Sozialräumen ganzjährig angenehmer gestaltet. Dies steigert den Komfort für die Beschäftigten und trägt zur langfristigen Kosteneinsparung bei.

Klimawandel

Der Klimawandel spricht eine deutliche Sprache. Keiner, weder Bürger noch Politiker, absolut keiner, kommt an der Energiewende vorbei. Aber nicht der Klimawandel hat letztendlich für ein Umdenken gesorgt. Erst die aktuelle Energiekrise als Kriegsfolge hat es geschafft, den Ausbau erneuerbarer Energien verstärkt in Angriff zu nehmen. Doch nicht alles, was jetzt ad hoc als zartes grünes Pflänzchen angeboten oder angeschoben wird, ist allein seligmachend. Wie immer, man sollte nie nur auf einem Bein stehen. Die technische Mischung macht's und verhindert Monopoldenken. Absolut nichts spricht dagegen, bestehende Anlagen in hybrider Form zum Beispiel mit Wärmepumpen zu ergänzen. Es stimmt einfach nicht, dass alle Heizungen alt sein würden. Erstklassig funktionierende Technik volkswirtschaftsschädlich herauszureißen, anstatt diese durch zusätzliche Technik zu ergänzen, versteht keiner, der von der Sache eine Ahnung hat. Gerne die Wärmepumpe, wenn bei entsprechend niedrigen Außentemperaturen die gewohnte Brennwertheizung zuschaltet. Aber man will ja mit dem Rückbau von Gasleitungen vollendete Tatsachen schaffen und auch der Verteilung von Biogas (siehe Dänemark) einen Riegel vorschieben.

Im Haushalt findet sich die zweite Rate für die Umstellung der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet. Die LED-Leuchten sparen ca. 80% an Energie

gegenüber heute. Ein Beispiel dafür, dass Investitionen in den Transformationsprozess sich binnen kurzer Zeit auszahlen. Investitionen in den Klimaschutz lohnen sich langfristig, indem sie Umwelt, Wirtschaft und Lebensqualität nachhaltig verbessern.

Der Umbau des Theresienplatzes mit Wasserspielen und Begrünung trägt maßgeblich zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei. Gleichzeitig leistet die Maßnahme einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, indem sie die Umgebungstemperatur senkt und das Stadtklima positiv beeinflusst. Darüber hinaus fördert sie den Gesundheitsschutz, indem sie für eine bessere Luftqualität sorgt und die Erholungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum stärkt.

Sport-Stadt Straubing

„Der Stolz einer Stadt“ - ein markanter und treffender Slogan für unsere Straubing Tigers. Wir bekennen uns klar zum Sport und setzen ein starkes Zeichen für seine Zukunft: Der neue Kabinentrakt am Eisstadion wird in diesem Jahr fertiggestellt. Damit schaffen wir optimale Bedingungen sowohl für den Profi- als auch für den Amateursport in Straubing. Gleichzeitig werden die Außenanlagen im Alfred-Dick-Park vollendet, um das Gesamtprojekt abzurunden. So stellen wir sicher, dass sich der Sport in unserer Stadt auf stabilem Fundament weiterentwickeln kann - und sich nicht auf dünnem Eis bewegt.

Jugend und Soziales

Die Haushaltsentwicklung zeigt deutlich, dass insbesondere die Bereiche Jugend und Soziales eine kontinuierliche Kostensteigerung erfahren. Allein für die Kindertagesbetreuung werden wir im Jahr 2024 voraussichtlich 11,5 Millionen Euro aufbringen, zusätzlich kommen 3,4 Millionen Euro für sozialpädagogische Leistungen sowie Angebote für Jugend und Senioren dazu.

Diese Ausgaben sind unerlässlich und sinnvoll, da sie grundlegende Aufgaben abdecken, auf die wir nicht verzichten können oder wollen. Mit diesen Investitionen sichern wir einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit und Lebensqualität in Straubing.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. In Krisenzeiten dürfen wir sie und ihre Familien nicht weniger wertschätzen. Die Corona-Pandemie hat uns eindrucksvoll vor Augen geführt, wie wichtig soziale Kontakte und gemeinschaftliche Begegnungen für die gesunde Entwicklung von Kindern und Familien sind. Kinderspielplätze spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind nicht nur Orte, an denen Kinder spielen, sondern auch Räume für soziale Interaktionen und den Aufbau von Beziehungen. Für die junge Straubinger Generation bieten sie eine Möglichkeit, sich zu vernetzen, sich auszutauschen und wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Daher setzen wir uns dafür ein, diese wichtigen Treffpunkte zu fördern und weiter auszubauen, um eine starke und gut vernetzte Gemeinschaft zu unterstützen.

Straubing ist nicht nur für die junge Generation ein Zuhause, sondern auch für unsere Senioren, die hier einen Ort der Geborgenheit und Lebensqualität finden. Im Alter gut umsorgt zu sein, ist ein Wunsch, den wir unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger gerne erfüllen möchten. Der geplante Erweiterungsbau des St. Nikola-Wohnheims stellt dabei einen wichtigen Schritt dar, um den steigenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Doch angesichts der begrenzten Fördermittel müssen wir sorgfältig abwägen, wie wir die langfristigen Anforderungen der Stiftung sowie die bestmögliche Versorgung unserer Senioren sicherstellen können. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, eine Lösung zu finden, die sowohl die Pflegebedürfnisse als auch die Ziele des Klimaschutzes in Einklang bringt.

Meine Damen und Herren,

nach intensiven Beratungen haben wir den Haushaltsplan 2025 eingehend geprüft und kritisch hinterfragt. Uns, der CSU-Stadtratsfraktion, ist bewusst, dass die angespannte finanzielle Lage der Stadt Straubing viele wünschenswerte Projekte derzeit nicht in der gewünschten Form ermöglicht. Wir müssen klar unterscheiden zwischen dem, was wir wollen, und dem, was machbar ist. Der Haushalt 2025 macht deutlich, dass wir unsere Prioritäten noch bewusster setzen müssen, um Straubing sicher durch diese schwierige Zeit zu führen - und gleichzeitig für eine zukunftsfähige Entwicklung zu sorgen.

Deshalb ist es essenziell, die Situation realistisch zu bewerten und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Nur so gelingt es, unsere Stadt auch in

herausfordernden Zeiten stabil zu halten und für die Zukunft zu sichern. Dafür steht die Straubinger CSU-Fraktion, dafür steht unser Oberbürgermeister - und dafür steht der vorliegende Haushaltplan mitsamt Finanz- und Stellenplan, dem unsere Fraktion geschlossen zustimmen wird.

Besonderer Dank gilt unserem Oberbürgermeister Markus Pannermayr, der Straubing weiterhin mit Weitsicht auf Kurs hält. In schwierigen Zeiten braucht es starke Partner: Unser Bundestagsabgeordneter Alois Rainer setzt sich in Berlin unermüdlich für unsere Stadt ein, während unser Landtagsabgeordneter Josef Zellmeier die Straubinger Interessen in München vertritt.

Unser Dank gilt auch unserem zweiten Bürgermeister Dr. Albert Solleder für seine Bemühungen, besonders im medizinischen Bereich, sowie Bezirksrat Franz Schreyer, der ein verlässlicher Ansprechpartner für soziale Anliegen ist. Ebenso möchten wir unseren dritten Bürgermeister Werner Schäfer (SPD) für sein Engagement würdigen.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an meine Kollegen Fraktionsvorsitzenden Peter Euler, Dr. Adolf Herpich, Karl Dengler und Feride Niedermeier für die konstruktive Zusammenarbeit. Nicht zuletzt danken wir Erhard Grundl, MdB (Grüne), für seinen Einsatz auf Bundesebene. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön!

Ebenso danken wir der Stadtkämmerei unter Leitung von Roman Preis sowie den Referatsleitern für ihre sorgfältige und engagierte Vorbereitung. Gemeinsam werden wir diese Krise bewältigen. Wie Carl Hilty treffend sagte: „Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden.“ Dafür brauchte es Mut, Entschlossenheit, Zusammenhalt, Vertrauen und den Willen, vorhandene Potenziale zu nutzen.

Lassen Sie uns also mit Zuversicht ins kommende Jahr gehen und unsere Verantwortung mit Weitsicht und Augenmaß wahrnehmen.

Vielen Dank.

Holger Frischhut, Fraktionsvorsitzender

- Es gilt das gesprochene Wort. Änderungen vorbehalten. -